

KOMMENTAR

Polizei hat keine Priorität

Mandy Koch

Landesvorsitzende der GdP Thüringen

Ich möchte meinen aktuellen Kommentar nutzen, um einen kurzen Blick auf den Arbeitsbeginn der Brombeerkoalition in Thüringen hinsichtlich der für uns als GdP Thüringen relevanten Polizei- und Justizvollzugsthemen zu werfen. Welche Themen sich grundsätzlich im Koalitionsvertrag wiederfinden, habe ich bereits in meinem letzten Kommentar näher beleuchtet. Am 21. Januar 2025 wurde seitens der Landesregierung das Regierungsprogramm für die ersten 100 Tage vorgestellt. Für die Thüringer Polizei und Justiz sind folgende Punkte einschlägig:

„9. Kommission zur Sicherheit im Alter

Um die spezifischen Sicherheitsbedürfnisse älterer Menschen und die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu fokussieren, entwickelt die Landesregierung in enger Abstimmung zwischen dem Landespräventionsrat und der Thüringer Polizei präventive Maßnahmen und Strategien. Dabei soll auch die bewährte Zusammenarbeit mit weiteren Gremien, beispielsweise dem Landessenorenbeirat, Berücksichtigung finden.“

„25. Abschiebehaftplätze ermöglichen

Der Freistaat Thüringen verfügt derzeit nicht über eine ausreichende Anzahl an Abschiebehaftplätzen. Die Notwendigkeit für weitere Abschiebehaftplätze ergibt sich jedoch aus dem vorhandenen Bedarf. Die Landesregierung wird daher ein konkretes Konzept zur zeitnahen Bereitstellung von Abschiebehaftplätzen für Thüringen vorgehen. Dabei wird auch die Inbetriebnahme einer Abschiebehaftanstalt in Thüringen geprüft und insbesondere die Nutzung einer bestehenden Landesliegenschaft fokussiert. Angestrebt wird die Schaffung von

Abschiebehaftplätzen in zweistelliger Höhe im mittleren Bereich. Mit der vorzulegenden Konzeption werden die erforderlichen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Umsetzung geschaffen.“

„35. Polizeiaufgabengesetz überarbeiten

Sicherheit zu gewährleisten, ist eine zentrale Funktion staatlichen Handelns. Die Landesregierung wird das Polizeiaufgabengesetz grundlegend überarbeiten, um bestehenden rechtlichen Anpassungsbedarfen zu entsprechen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Harmonisierung der Datenverarbeitungsregelungen mit den Standards anderer Bundesländer und des Bundes. Ziel ist es, eine kompatible Rechtsgrundlage im Sinne des Projekts P20 (Harmonisierung der IT-Architektur der Polizei) zu schaffen. Auch sollen langfristig von der polizeilichen Praxis artikulierte Regelungsbedarfe, wie etwa zur Videoüberwachung in Gewahrsamsräumen oder zum operativen Opferschutz, aktuelle Entwicklungen bei der automatisierten Bilderkennung und Datenanalyse sowie Maßnahmen im Bereich des Gewaltschutzes berücksichtigt werden. In den ersten 100 Tagen der Landesregierung soll den Berufsvertretungen ein im ersten Kabinettdurchgang beratener Referentenentwurf übermittelt werden.“

Wir als GdP Thüringen müssen leider feststellen, dass das 100-Tage-Programm für Polizei und Justizvollzug viel zu kurz greift. Gerade mit Blick auf diese für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wesentlichen Eckpfeiler sehen wir deutlichen Nachholbedarf. Unsere Forderung hierzu ist eine bessere Priorisierung – insbesondere die strukturellen Projekte sofort anzugehen, ohne einen unnötigen Zeitverzug zu dulden. Hat man sich im Koalitionsvertrag noch dem gemeinsamen Ziel „auch künftig eine flächendeckende, präzise, wirkungsvolle und bürgernahe Polizeistruktur zu gewährleisten“ verschrieben, so ist von diesem wichtigen Vorhaben zumindest in den aktuellen Schwerpunkten nichts wiederzufinden. Hier weisen wir nochmals darauf hin,

dass bereits im Jahr 2016 eine Expertenkommission die Polizeistrukturreform unter Einbeziehung der Struktur und Arbeitsweise des Landeskriminalamts sehr detailliert evaluiert hat. Die im sogenannten „Baldus-Papier“ ausgesprochenen Empfehlungen wurden bis heute nicht in allen Bereichen realisiert. Die Kommission ist bereits damals zu der Erkenntnis gelangt, dass die Ziele der Polizeistrukturreform von 2012 lediglich zum Teil erreicht wurden. Das heißt, dass die 2012 begonnene und 2016 evaluierte Polizeistrukturreform bis heute nicht vollständig umgesetzt wurde.

Für uns als GdP Thüringen ist daher eine erneute Prüfung hinsichtlich der Anpassung des Behördenaufbaus an die tatsächlichen Gegebenheiten eine zwingende und grundlegende Voraussetzung. In deren Fortfolge müssen die Abläufe in Organisationen der Polizei mit Blick auf eine effektive und effiziente Arbeitsgestaltung unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen zielführend bestimmt und beschrieben werden. Dass dies eine herausfordernde Aufgabe ist, welche im politischen Raum für Kontroversen sorgen wird, ist uns durchaus bewusst und gerade deswegen sehen wir diese als zwingend geboten und erforderlich!

Um diesen Prozess konstruktiv begleiten zu können, hat sich der Landesvorstand der GdP Thüringen entschieden, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, welche unter dem Arbeitstitel „Thüringer Polizei zukunftssicher gestalten“ wesentliche Schwerpunkte der Thematik beleuchten wird. Dabei ist es unser wichtigstes Anliegen, die Expertise aller Laufbahngruppen aus den verschiedensten Tätigkeitsfeldern der Thüringer Polizei einfließen zu lassen. Wer sich hier also konstruktiv und gerne auch kontrovers einbringen möchte, meldet sich bitte in unserer Geschäftsstelle. Der geschäftsführende Landesvorstand wird die eingegangenen Interessenbekundungen sichten und in der weiteren Folge die abschließende Entscheidung über die Besetzung der Arbeitsgruppe treffen. Wir freuen uns darauf, gemeinsam zielführende Vorschläge zu erarbeiten, welche die Thüringer Polizei nachhaltig gestalten und voranbringen. ■



PERSONEN

Neuer Innenstaatssekretär

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Thüringen gratuliert Norman Müller herzlich zu seiner Ernennung als neuer Staatssekretär im Bereich Inneres und wünscht ihm viel Erfolg sowie ein glückliches Händchen bei seinen Entscheidungen, insbesondere im Bereich der Polizei.

Am 19. Dezember 2024 wurde der 47-jährige Altenburger offiziell im Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung (TMIKL) begrüßt, das bisher als TMIK bekannt war und demnächst umbenannt wird. Norman Müller übernimmt die Funktion des einzigen Staatssekretärs im Ministerium und bringt umfassende Erfahrung aus seiner bisherigen beruflichen Laufbahn mit.

Müller, von Beruf Jurist, war zuvor im Thüringer Finanzministerium sowie bei der Bundesbehörde für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) tätig. Innenminister Georg Maier überreichte ihm im Rahmen einer feierlichen Begrüßung die Glückwünsche, wie auf einem Foto festgehalten wurde. Die offizielle Ernennungsurkunde erhielt er von Ministerpräsident Mario Voigt in der Thüringer Staatskanzlei.

Norman Müller verfügt über langjährige Leitungserfahrung sowohl in der Thüringer Landesverwaltung als auch auf Bundesebene. Geboren und aufgewachsen in Altenburg, bleibt er seiner Heimat bis heute verbunden. Sein Studium der Rechtswissenschaften absolvierte er in Leipzig und schloss es 2003 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen ab. Anschließend war er mehrere Jahre als Rechtsanwalt und Partner in einer Altenburger Kanzlei tätig.

Von 2011 bis 2022 arbeitete Müller in der Thüringer Landesverwaltung, zuletzt als Referatsleiter im Finanzministerium mit dem Schwerpunkt Digitalisierung. Seit September 2022 war er beim BAFA in Borna (Sachsen) als Referatsleiter tätig, zuletzt im Rang eines Regierungsdirektors.

Müller ist Mitglied der SPD und engagiert sich aktiv in der Partei. Derzeit ist er Kreisvorsitzender im Altenburger Land. Privat ist der verheiratete Vater von zwei Kindern fest in seiner Heimat verwurzelt.

Innenminister Georg Maier verabschiedete im Rahmen einer Dienstversammlung den bisherigen Staatssekretär Udo Götze, der nach zehn Jahren im Innenministerium ins Sozialministerium wechselt. Maier und Götze arbeiteten über sieben Jahre eng zusammen.

Die Thüringer Innenverwaltung freut sich auf die Zusammenarbeit mit Norman Müller und wünscht ihm einen erfolgreichen Start in sein neues Amt. ■



Innenminister Georg Maier (rechts) mit Staatssekretär Norman Müller

DP – Deutsche Polizei
Thüringen

Geschäftsstelle
Auenstraße 38 a, 99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon (01520) 8862464
edgar.grosse@gdp.de



Gewerkschaft
der Polizei
Thüringen

BILDUNGS- PROGRAMM 2025

| 27.02.2025 |
MAFIA IN THÜRINGEN



| 19.03.2025 |
RECHTE, PFLICHTEN, ABSICHERUNG

| 06. - 07.05.2025 |
TAGUNG VERTRAUENSLEUTE



| 02. - 03.06.2025 |
EMPOWERMENT

| 11. - 12.06.2025 |
PERSONALVERTRETUNGSRECHT



| 27.10.2025 |
GRUNDLAGEN TARIF

| 19. - 20.11.2025 |
JUGENDKULTUREN



TERMIN NOCH OFFEN
VORBEREITUNG RUHESTAND



SCAN FÜR
NÄHERE INFOS

WWW.GDP.DE/THUERINGEN



POLITIK

100-Tage-Programm

Unter dem Motto „Mut zur Verantwortung. Thüringen nach vorne bringen“ hat die neue Thüringer Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung ein umfassendes 100-Tage-Programm beschlossen. Das Programm umfasst 50 konkrete Maßnahmen, die darauf abzielen, das Leben der Thüringer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und die großen Herausforderungen des Landes entschlossen anzugehen.

Ziele und Schwerpunkte

Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) betonte bei der Vorstellung des Programms: „Unser Regierungsprogramm für die ersten 100 Tage macht deutlich, was die neue Landesregierung unter ‚Tempo, Tempo, Tempo‘ versteht. Mit insgesamt 50 pragmatischen Maßnahmen wollen wir das Leben der Thüringerinnen und Thüringer spürbar einfacher machen. Wir legen sofort los – es passiert etwas. Die Menschen erwarten zu Recht, dass sich spürbar etwas verbessert. Deshalb ziehen wir als Team im Kabinett an einem Strang, um gemeinsam die großen Herausforderungen anzupacken.“

Die stellvertretende Ministerpräsidentin Katja Wolf (BSW) ergänzte: „Unser Ziel ist es, den Haushalt zukunftssicher aufzustellen und trotzdem die so dringend nötigen Investitionen in unserem Freistaat zu tätigen. Dafür schaffen wir in den ersten 100 Tagen die Grundlagen. Wir fokussieren uns dabei auf konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen und haben diejenigen im Blick, die auf einen funktionierenden Staat angewiesen sind. Besonders wichtig sind uns die Themen, die lange vernachlässigt wurden. Dazu zählen Migration, Bürokratieabbau, funktionierende Schulen und eine zukunftsfähige Infrastruktur. Wir werden hier schnell neue Wege gehen und Probleme lösen.“

Der zweite Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Georg Maier (SPD), unterstrich: „Die Weichen, die wir heute stellen, sichern die Zukunft unseres Landes und den Erhalt der Daseinsvorsorge für kommende Generationen. Mit unseren Punkten im 100-Tage-Programm setzen wir klare

Akzente, um die zentralen Herausforderungen unserer Zeit anzupacken. Die nächsten Monate sind insbesondere im Bereich der Gesundheit und Sicherheit entscheidend dafür, ob wir unsere Zukunftsfähigkeit sichern können. Wir planen einen Sicherungsfonds für unsere Krankenhäuser und werden dem Polizeiaufgabengesetz ein Update verschaffen.“

Relevanz für Polizei und Justizvollzug

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Thüringen sieht das vorgestellte Programm jedoch kritisch. Aus gewerkschaftlicher Sicht werden die Bereiche Polizei und Justizvollzug im 100-Tage-Programm nur am Rande berührt. Konkret beziehen sich lediglich drei Maßnahmen auf diese Bereiche:

1. Kommission zur Sicherheit im Alter (Punkt 9): Die Landesregierung plant, in Abstimmung mit dem Landespräventionsrat und der Thüringer Polizei präventive Maßnahmen und Strategien zu entwickeln.
2. Abschiebehaftplätze ermöglichen (Punkt 25): Eine Konzeption soll die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung schaffen.
3. Polizeiaufgabengesetz überarbeiten (Punkt 35): Innerhalb der ersten 100 Tage soll ein Referentenentwurf an die Berufsvertretungen übermittelt werden.

Kritik der GdP Thüringen

Die Landesvorsitzende der GdP Thüringen, Mandy Koch, kritisierte das Programm als unzureichend: „Das 100-Tage-Programm greift für Polizei und Justizvollzug viel zu kurz. Die strukturellen Projekte sind sofort anzugehen, ohne viel Zeitverzug zu dulden.“

Die GdP fordert eine stärkere Berücksichtigung folgender Punkte:

- Prüfung der Anpassung des Behördenaufbaus an die aktuellen Gegebenheiten

- Zeitgemäße Personalentwicklung mit leistungsbezogenen Entwicklungsmöglichkeiten
- Zukunftsorientierter Campus: Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit
- Mindestens 360 ausgebildete Polizeibeamte pro Jahr, die ihre Ausbildung erfolgreich abschließen und die Dienststellen verstärken
- Wertschätzung der Bediensteten
- Prüfung des Einsatzes von Distanz-Elektroimpulsgeräten

Fazit

Das 100-Tage-Programm der neuen Landesregierung setzt auf Tempo und Pragmatismus. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichen, um die strukturellen Herausforderungen in Bereichen wie Polizei und Justizvollzug anzugehen. Die GdP Thüringen wird den Fortschritt kritisch begleiten und sich weiterhin für die Interessen ihrer Mitglieder einsetzen. ■





PERSONALRAT

Der Neue im BPR

Mit dem Ruhestand von Lutz Bernsdorf Mendete seine langjährige und engagierte Tätigkeit im Bezirkspersonalrat (BPR). Die Nachfolge tritt Thomas Hoyer an, der seit Mitte Januar 2025 als neuer Ansprechpartner regelmäßig vor Ort und erreichbar ist.

Die Übergabe seiner Freistellung erfolgte durch den Vizepräsidenten Thomas Quitzenbaum im Beisein des Bezirkspersonalratsvorsitzenden Marko Dähne. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Thüringen begrüßt Thomas Hoyer herzlich in seiner neuen Rolle und wünscht ihm viel Erfolg bei der Vertretung der Interessen der Beschäftigten.

Thomas Hoyer bringt einen breiten Erfahrungshintergrund mit: Zuletzt war er in

der Landespolizeiinspektion (LPI) Erfurt im Streifendienst tätig, wo er seit 2015 im Inspektionsdienst Süd wertvolle Einblicke in das tägliche Einsatzgeschehen sammeln konnte. Zuvor war er in der Einsatzunterstützung in Gotha aktiv. Seine Berufslaufbahn begann er jedoch nicht bei der Polizei, sondern im Rettungsdienst, wo er jahrelang tätig war. Diese vielfältigen Erfahrungen machen ihn zu einem Kollegen, der die Herausforderungen des Einsatz- und Streifendienstes aus erster Hand kennt und die Anliegen der Beschäftigten mit viel Praxisbezug vertreten kann.

Wir freuen uns, mit Thomas Hoyer einen Ansprechpartner im Bezirkspersonalrat zu haben, der sich durch seine tiefe Verwurze-

lung im Wirken am Bürger auszeichnet. Mit seinem neuen Büro – und damit seiner neuen Wirkungsstätte – wird er sich nun vertraut machen. Die GdP Thüringen bedankt sich bei Lutz Bernsdorf für sein Engagement und wünscht Thomas Hoyer einen erfolgreichen Start in seine neue Tätigkeit. ■



Thomas Hoyer an seinem neuen Arbeitsplatz

14. BLAULICHT-MILIEU-PARTY ERFURT

POLIZEI · RETTUNGSDIENST · FEUERWEHR · KRANKENHAUS · THW · JUSTIZ · ZOLL · BUNDESWEHR

Karten über die GdP-Geschäftsstelle in Erfurt
0361/598950

EINLASS NUR MIT DIENSTAUSWEIS

23.05.2025 - 21:00 Uhr

Presseklub Erfurt

EINTRITT & SHUTTLE MIT GdP-MITGLIEDSAUSWEIS FREI
FREIBIER | FREISEKT - SOLANGE VORRAT REICHT

**Gewerkschaft
der Polizei**
Thüringen

JUNGE
GRUPPE

PVAG Polizeivereinbarung mit
SIGNAL IDUNA

gut zu wissen

@gdpthueringen



GdP INTERN

Nachbarn jetzt mit Doppelspitze

Am 6. und 7. November 2024 fand in Sachsen-Anhalt der Landesdelegiertentag statt. Unter anderem stand die Neuwahl des geschäftsführenden Landesvorstandes an. In einem transparenten und demokratischen Wahlprozess hat die GdP Sachsen-Anhalt einen neuen geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GLBV) gewählt.

Der neue GLBV setzt sich aus Angela Bauske, René Eger, Andreas Pöschel, Rolf Gumpert, Martin Götze, Michél Odenthal, René Carius und dem gemeinsamen Führungsduo Nancy Emmel und Eycke Körner zusammen. Der Delegiertentag stand unter dem Motto „Größe durch Professionalität“ und motivierte die gewählten Vertreter, mit voller Energie und innovativen Ideen die anstehenden Herausforderungen anzugehen.

Eigentliche war eine Doppelspitze, also zwei gleichberechtigte Vorsitzende, angedacht. Dazu bedarf es jedoch einer entsprechenden Regelung, die in der Bundessatzung niedergeschrieben werden muss. Da dieses bisher nicht der Fall ist, vereinbarte man intern auf eine Übergangslösung mit jährlichem Wechsel des Vorsitzes, bis die Doppelspitze in der Satzung verschriftet ist. So ist 2026 und 2028 Nancy Emmel als Landesvorsitzende gewählt, während bis Ende 2025 sowie 2027 und 2029 Eycke Körner gewählt wurde. Die Abwesenheitsvertretung wird dann immer durch den anderen übernommen. Sachsen-Anhalt wagt sich mit dieser Lösung auf Neuland vor, die sicherlich auch von den aktuellen Gegebenheiten unserer Nachbarn geprägt ist.

Die Wahl und die Antragsberatung waren ein Zeugnis des starken Engagements und der aktiven Beteiligung der Mitglieder. Die GdP Thüringen gratuliert dem gewählten Team und wünscht beste Entscheidungen, um der Verantwortung gegenüber den Mitgliedern gerecht zu werden. Dem neuen GLBV wünschen wir viel Erfolg und ein glückliches Händchen bei den bevorstehenden Aufgaben.

Gemeinsam soll entschlossen und mit Nachdruck für die Rechte und Belange der Mitglieder gekämpft und gestritten werden. In den neuen Abschnitt gehen die gewähl-

ten Funktionäre mit viel Zuversicht und Tatkraft. Die GdP Thüringen bleibt als Part-

ner und Nachbar in regelmäßigem Kontakt und Austausch. ■



Der neue Vorstand um Nancy Emmel (vorn, Vierte von links) und Eycke Körner (Zweiter von links) mit Gästen

9. Landesjugendkonferenz

JUNGE GRUPPE

vom 13. - 14.05.2025



Gewerkschaft
der Polizei
Thüringen

im Hotel Mercure Weimar Legefild

SAVE THE DATE





SENIORENJOURNAL

Von Mobilität bis Pension

Verkehrsteilnehmerschulung

Am 20. November 2024 führte die Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Jena, ihre diesjährige Verkehrsteilnehmerschulung durch. Gast war der Fachdienstleiter Mobilität der Stadt Jena, Michael Margull.

Die mehr als 20 Teilnehmer der Veranstaltung interessierten sich besonders für Themen wie: Gibt es für Jena einen Generalverkehrsplan? Wodurch ist die lange Dauer von Baustellen in Jena begründet? Wie wird sich der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Jena entwickeln?

Einen Generalverkehrsplan für Jena gebe es nicht, antwortete Michael Margull, das liege zum einen an sich ständig ändernden Rahmenbedingungen und zum anderen an den häufig wechselnden politischen Vorgaben durch die Stadtverordnetenversammlung. Zum anderen informierte er darüber, dass die Verkehrsströme in und durch Jena seit vielen Jahren stabil seien. Der Durchgangsverkehr mache nur etwa 7 Prozent des Verkehrsaufkommens aus, der deutlich größere Rest entfele auf den Individualverkehr innerhalb der Stadt. Für die lange Bauzeit innerhalb der Stadt nannte Margull ebenfalls verschiedene Ursachen. Einerseits beklagten Bauunternehmer, dass Projekte der Stadt sehr häufig einen großen Planungsaufwand erforderten und die Ausschreibungsmodalitäten sehr kompliziert seien. Andererseits wären auch Baumaterialien häufig nicht sofort verfügbar, sodass unter Umständen längere Wartezeiten auf den Baustellen entstünden. Der öffentliche Personennahverkehr soll weiter ausgebaut werden. Neue Linien beziehungsweise die Verdichtung der Taktfolgen auf bestehenden Linien seien in Planung. Es sei aber ungewiss, ob dadurch der Individualverkehr abnehmen würde. Jena soll nach dem Willen der Stadtverordnetenversammlungen bis 2035 klimaneutral werden und dafür würden in erster Linie Radwege und Maßnahmen für Radfahrer innerhalb des bestehenden Verkehrsnetzes geplant und umgesetzt.

Den zweiten Teil der Veranstaltung bestritt Michael Elle. Er ist ausgebildeter Moderator des ADAC für die Verkehrserziehung. In anschaulicher Weise erläuterte er Regeln, die zum Teil von denen abweichen, die ältere Verkehrsteilnehmer bei ihrer Fahrschulung erlernt haben. Es ging um Fragen der Vorfahrt und des Vorrangs, um den Geltungsbereich von Verkehrszeichen und um Verkehrszeichenkombinationen. Besonders Verkehrsregeln für Fahrradfahrer beziehungsweise deren Nichteinhaltung durch einen Teil der Radfahrer wurden thematisiert. Radfahrer, die sich an keinerlei Regeln halten, sind eine Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer und ein allgemeines Ärgernis, darin waren sich alle Teilnehmer einig.

Weihnachtsfeier

Am 18. Dezember 2024 trafen sich die Senioren der Kreisgruppe Jena zu ihrer Weihnachtsfeier. Seniorenvorsitzender Edgar Große konnte insgesamt 23 Seniorinnen und Senioren begrüßen. In geselliger Runde wurden Erinnerungen ausgetauscht und aktuelle Ereignisse aus dem Polizeibereich und dem Alltag diskutiert. Die Teilnehmer waren vorwiegend ältere Seniorinnen und Senioren. Die jüngeren Seniorinnen und Senioren kommen leider viel zu selten zu den Veranstaltungen der Seniorengruppe, obwohl das Angebot sehr vielfältig ist. Die Veranstaltung fand letztmalig bei Peter Wenzel in der „Angerküche“ statt, die mehr als zehn Jahre lang das Domizil der Senioren der Kreisgruppe Jena war. Der Betreiber der „Angerküche“ musste das Objekt aufgeben, da an dieser Stelle ein Investor ein neues Büro- und Geschäftsgebäude errichten will. Die Senioren müssen sich für künftige Veranstaltungen einen neuen Veranstaltungsort suchen.

Informationsveranstaltung

Erste Veranstaltung der Senioren der Kreisgruppe Jena im neuen Jahr war eine Infor-

mationsveranstaltung zu Rechtsänderungen, Rente und Pension. Rund 20 Seniorinnen und Senioren interessierten sich für die angekündigten Themen. Seniorenvorsitzender Edgar Große informierte zu finanziellen Veränderungen in Gesetzen und Rechtsverordnungen wie steuerlichen Grundfreibeträgen, Kinderfreibeträgen, Beitragssätzen zur Pflegeversicherung, der Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) und weiteren Neuerungen. Zur elektronischen Patientenakte gibt es noch viele Unklarheiten. Zunächst wird sie in drei Modellregionen getestet. Daneben gibt es noch viele datenschutzrechtliche Bedenken gegen die ePA. Hinzu kommen Unterschiede für gesetzlich und privat Krankenversicherte. Deshalb soll es zu diesem Thema eine eigene Veranstaltung geben.

Edgar Große informierte ausführlich zum Thema Rentenbesteuerung und erläuterte an verschiedenen Beispielen die Wirkung der Rentensteuer. Er verwies darauf, dass die jährlichen Rentenerhöhungen voll in den zu versteuernden Anteil der Rente eingehen und dass bisher die Deutsche Rentenversicherung keine Steuern abführt. Bei ehemaligen Polizisten werden Renten und Pensionen gemeinsam versteuert. Da bisher nur auf Pensionen ein Steuerabzug durch die zentrale Gehaltsstelle erfolgt, müssen ehemalige Polizisten häufig Steuern nachzahlen. ■

Informationsveranstaltung
am 22. Januar 2025
Herzlich Willkommen!

Ergebnisse & Grafik: Seniorengruppe Jena 2025



INFO-DREI

Verhandlungsgruppe der Polizei in ...

... Thüringen

Die Verhandlungsgruppe ist eine Aufrufeinheit der Thüringer Polizei, die über zwei hauptamtliche und bis zu 30 nebenamtliche Einsatzkräfte verfügt. Sie ist im Thüringer Landeskriminalamt angesiedelt. Die Mitglieder der Verhandlungsgruppe sind speziell geschulte Vollzugsbeamte aus landesweit allen Organisationsbereichen der Thüringer Polizei. Sie kommen bei herausragenden Einsatzlagen sowie bei Suizid- und Bedrohungslagen als Einsatzabschnitt Verhandlungen zum Einsatz, soweit sie durch den Polizeiführer aufgerufen werden. Zu den Aufgaben der Verhandlungsgruppe gehört dabei insbesondere die Erstellung von Verhandlungs- und Gesprächskonzepten bei Entführungen, Erpressungen, Geiselnahmen, Suizid- und Bedrohungslagen. Aber auch die Verhandlungen und taktische Gesprächsführung mit dem polizeilichen Gegenüber bei den genannten Einsatzlagen sowie die Unterstützung von Erstsprechern bis zur Übernahme der Gesprächsführung durch die Verhandlungsgruppe zählen zum Portfolio. Hierfür werden Schulungsmaßnahmen angeboten.

Die Anforderung der Verhandlungsgruppe sollte frühzeitig über die LEZ bei einer entsprechenden Einsatzlage erfolgen, um eine schnellstmögliche Gesprächsübernahme im Rahmen des Auftrages des Polizeiführers zu gewährleisten. Da die Tätigkeiten der Mitglieder der Verhandlungsgruppe überwiegend im Nebenamt erfolgen und die ständige Einsatzbereitschaft sicherzustellen ist, wurde ein Alarmierungssystem eingerichtet, welches die persönliche Verfügbarkeit und dienstliche Belange berücksichtigt. Die im Einsatz geleistete Arbeitszeit wird vollumfänglich angerechnet. Bei Überschreitung der täglichen maximal zulässigen Arbeitszeit ist den Einsatzkräften vor Antritt der Heimreise die erforderliche Ruhezeit zu ermöglichen und eine Unterkunft hierfür bereitzustellen. Die Verhandlungsgruppe wird ca. 20-mal im Jahr aufgerufen.

Marko Dähne

... Sachsen

Die Verhandlungsgruppe (VG) der sächsischen Polizei spielt eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung polizeilicher Herausforderungen. Diese spezialisierte Einheit ist beim Landeskriminalamt (LKA) Sachsen angegliedert, welches für die Organisation, Sicherstellung und Fortbildung der Gruppe verantwortlich ist. Der Einsatz dieser Gruppe erfordert präzise Koordination und gut geschulte Fachkräfte.

Die VG setzt sich aus einer kleinen Anzahl hauptamtlicher sowie einer größeren Anzahl nebenamtlicher Mitarbeiter zusammen. Dieses Personalkonzept ermöglicht eine flächendeckende Verteilung der Mitarbeiter über nahezu alle Dienststellen der sächsischen Polizei. Damit ist die VG schnell einsatzbereit und kann flexibel auf unterschiedlichste Einsatzlagen reagieren.

Die VG wird in besonders schwierigen Lagen wie Bedrohungen, Suiziden, Erpressungen, Entführungen, Geiselnahmen, Anschlügen und anderen Gewaltandrohungen eingesetzt. Ihr Ziel ist es, durch effektive Kommunikation positive polizeiliche Lösungen zu finden. Im Einsatz wird der Verhandlungsführer oder die -führerin dem Polizeiführer unterstellt. Für die Einsätze und die Fortbildung werden die Beschäftigten von ihrem Hauptamt freigestellt.

Um als Mitglied der VG tätig zu werden, müssen die Beamten einen vierwöchigen Grundlehrgang absolvieren. Darüber hinaus sind ausgezeichnete kommunikative Fähigkeiten, eine ausgeprägte Kooperationskompetenz, Flexibilität sowie Team- und Stressfähigkeit von essenzieller Bedeutung. Interessierte Beamte können ganzjährig über den Dienstweg ihre Bewerbungen einreichen, die jeweils zum 1. September sondiert werden. Im Anschluss erfolgt ein zweitägiges Auswahlverfahren.

Durch die Anbindung an das LKA und die vielfältigen Fähigkeiten der beteiligten Beamten gewährleistet die Verhandlungsgruppe eine effektive und reaktionsschnelle Einsatzbereitschaft in ganz Sachsen.

DP-Team GdP Sachsen

... Sachsen-Anhalt

Die Verhandlungsgruppe (VG LSA) Sachsen-Anhalt, eine spezialisierte Einheit des Landeskriminalamts, steht für kritische Einsatzlagen bereit. Diese hoch qualifizierten Spezialkräfte werden gemäß verschiedener Polizeidienstvorschriften (PDV) eingesetzt, die als Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD) – klassifiziert sind. Zusätzlich sind sie für herausragende Bedrohungsszenarien und Suizidlagen zuständig.

Die VG LSA gewährleistet durch ihre spezielle Ausbildung und Expertise eine professionelle Bewältigung dieser komplexen und gefährlichen Situationen. Sie ist dem Landeskriminalamt im Bereich der Einsatz- und Ermittlungsunterstützung angegliedert und soll aus wenigen hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen in der Leitung und Führungsverantwortung sowie zu einem größeren Teil aus ausgebildeten nebenamtlichen Spezialkräften bestehen.

Per Erlasslage ist die Leitung der VG LSA zu einer ständigen Einsatzbereitschaft (24/7 Rufbereitschaft) mit einer 60-Minuten-Abmarschbereitschaft während der Regelarbeitszeit verpflichtet.

Seit März 2023 sind jedoch nicht alle hauptamtlichen Dienstposten besetzt, wodurch eine durchgängige Rufbereitschaft nicht mehr gewährleistet werden kann. Dies führt zu möglichen Konsequenzen wie dem Rückgriff auf Verhandlungsgruppen anderer Bundesländer, zu erhöhten Reaktionszeiten und gesteigerten Risiken für Einsatzkräfte und Betroffene.

Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit für SEK-Einsätze mit potenzieller Anwendung unmittelbaren Zwangs. Die nebenamtlichen Mitglieder der VG LSA haben keine Rufbereitschaftspflicht, sondern geben ihre Verfügbarkeit freiwillig über ein internes Einsatzportal an. Sie werden bei Bedarf alarmiert, ähnlich einer freiwilligen Feuerwehr, und zeigen trotz zusätzlicher Mehrbelastungen eine hohe Motivation und Einsatzbereitschaft. 2024 wurde die VG LSA nahezu wöchentlich alarmiert.

Eycke Körner